Der gescheiterte Nationalpark im Spessart

Ein Rückblick

Das Angebot der bayerischen Staatsregierung

Der bayerische Ministerrat hat in seiner Klausurtagung in St. Quirin am 30.07.2016 Maßnahmen zum Aufbruch bei Natur- und Umweltschutz beschlossen und dabei auch das Angebot für einen dritten Nationalpark in Bayern unter folgenden Maßgaben unterbreitet: nicht gegen den Willen der Region, nur auf Staatswaldflächen, kein Eingriff in das Privateigentum und nicht im Steigerwald. In einem ersten Schritt wollte die Staatsregierung einen intensiven Dialog über mögliche Ausgestaltungen eines Nationalparks mit den Regionen Frankenwald, Spessart, Rhön und Donauauen führen und dabei ermitteln, ob ein grundsätzliches Interesse der jeweiligen Region an einem möglichen Nationalpark besteht. Staatsministerin Scharf wurde beauftragt, die Möglichkeiten für einen dritten Nationalpark in Bayern umfassend zu prüfen. Mit folgenden Worten wandte sie sich an die Kandidaten: "Ich will ein Ausrufezeichen beim Naturschutz setzen. Ein neuer Nationalpark ist ein Angebot an die Regionen und das höchste Prädikat für die herausragendsten Naturlandschaften Bayerns, das wir vergeben können. Er stärkt die Naturheimat Bayern, erhält die Artenvielfalt und treibt die wirtschaftliche, touristische und infrastrukturelle Gesamtentwicklung voran.“

Spessart für einen Nationalpark hervorragend geeignet

Deutschland liegt im Zentrum des natürlichen Verbreitungsgebietes von Rotbuchenwäldern. Daraus erwächst für unser Land eine besondere Verantwortung für die Erhaltung dieses Ökosystems mit all den daran gebundenen Arten. Die Bundesregierung hat auf diese Herausforderung mit einem Beschluss zur Nationalen Biodiversitätsstrategie aus dem Jahr 2007 reagiert und Bayern wollte unter Ministerpräsident Seehofer einen dritten Nationalpark einrichten.

Wenn wir das Ziel eines Waldnationalparks mit Schwerpunkt Rotbuchenwälder allerding ernst nehmen wollen, dann sollte es vernünftigerweise ein Gebiet sein, bei der die buchendominierten alten Laubwälder häufig vorkommen, viele in Deutschland bedrohten Waldarten noch Restvorkommen haben und ein Nutzungsverzicht für die Gesellschaft am günstigsten ausfällt.

Weil der Spessart genau diese Voraussetzungen erfüllt, muss er rein aus Sicht des Waldnaturschutzes und der Ökonomie die in Bayern prioritäre Suchkulisse sein. In allen anderen Alternativen wird weniger Erhalt von Biodiversität in Rotbuchenwäldern mit höheren ökonomischen Verlusten für die Gesellschaft verbunden sein.

Alle großen Naturschutz- und Umweltverbände Deutschlands haben dies erkannt und sich für einen Nationalpark im Spessart ausgesprochen. Die dortigen Wälder haben für den Naturschutz bundesweite Bedeutung und zeichnen sich auch im mitteleuropäischen Vergleich durch folgende Merkmale besonders aus:

- Großräumigkeit: eines der größten geschlossenen Buchenwaldgebiete auf Buntsandstein

- Naturnähe: hoher Anteil alter Laubwälder
- Typische und herausragende Artenausstattung bei einem großen Anteil teilweise hochbedrohter und seltener Waldarten.

Bei einer Informationsveranstaltung für Kommunen und regionale Mandatsträger am 10. Februar 2017 in Aschaffenburg hob auch die bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf die Eignung des Spessarts für einen Nationalpark mit folgenden drei Argumenten deutlich hervor:

- „Einzigartiges Vorkommen alter, geschlossener Laubwälder mit naturnahen Buchen- und Eichenbeständen
- Herausragende Stellung im Naturschutz in Mitteleuropa und ein Alleinstellungsmerkmal in Bayern
- Mit einem im Norden Bayerns gelegenen Nationalpark Spessart käme bayernweit eine neue naturräumliche und naturschutzfachliche Qualität zu den bestehenden Nationalparken Bayerischer Wald und Berchtesgaden hinzu."

Ein Meer aus alten Laubwäldern mit einer großen Vielfalt typischer Waldarten ist das Alleinstellungsmerkmal des Hochspessarts.

Widerstand von Anfang an

Unmittelbar nach Bekanntwerden des Kabinettsbeschlusses kündigte der Verein „Wir im Spessart" erbitterten Widerstand gegen das Vorhaben an. Dessen Vorsitzender Peter Winter aus Waldaschaff, Mitglied des bayerischen Landtags und Vorsitzender des Haushaltsausschusses, erklärte, dass er in einem Nationalpark nur Nachteile sehe und mit aller Kraft dagegen kämpfen werde. Statt einer fruchtbaren Debatte über den Sinn und Wert eines Nationalparks löste diese kompromisslose Haltung einer bekannten Persönlichkeit unsäglichen Streit in den Dörfern des Spessarts aus. Die Folge war eine extreme Polarisierung und Vergiftung des gesellschaftli-

chen Klimas. Vor allem in den unmittelbar betroffenen Gemeinden hatten Befürworter eines Nationalparks unter verbalen Drohungen und Einschüchterungen zu leiden. Prominentestes Opfer war der Bürgermeister Andreas Amend von Altenbuch, der wegen seiner besonnenen und abwägenden Haltung schweren Anfeindungen ausgesetzt war. Einzelne Mutige aber konnten das Blatt nicht wenden.
Im Laufe der weiteren Debatte stellte sich dann heraus, dass der Anti-Nationalparkverein nicht nur dieses Projekt, sondern grundsätzlich weitere Naturschutzgebiete im Wald verhindern will. Dieser Standpunkt ist nichts anderes als eine Kampfansage an alle Menschen, die sich für einen besseren Schutz unserer Wälder einsetzen und er richtet sich insbesondere gegen die Naturschutzverbände. Hinter dem schönen Spruch von „nutzen und schützen", verbirgt sich in Wahrheit die Forderung nach Holzwirtschaft auf 100 % der Fläche.

Die Allianz der Nationalparkgegner

Pläne zur Abwehr von Naturschutzforderungen im Wald lagen bereits vor dem Beginn der Nationalparkdiskussion in der Schublade. Auslöser waren die Greenpeace-Aktionen zur Rettung der Buchenwälder im Jahr 2012. Das Verdienst dieser weltweit geachteten Umweltorganisation war es, mit Weitblick auf die herausragende Bedeutung des Spessarts für den Schutz der Buchenwälder als nationales Naturerbe hinzuweisen und dessen Bedrohung durch die Forstwirtschaft aufzuzeigen. Das machte den CSU- Landtagsabgeordneten P. Winter „hellhörig", wie er selbst gegenüber dem Main-Echo erklärte. In völliger Verkennung der deutschlandweit dramatischen Situation von Buchenwäldern wies er die Empfehlungen von Greenpeace und anderer Naturschutzverbände für einen besseren Schutz der Buchenwälder als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Spessarter zurück. Weil „alles so bleiben sollte, wie es ist", durfte die Illusion von einer heilen Welt in unseren Wäldern nicht zerstört werden, schon gar nicht von „Fremden". Nicht zuletzt aus diesem Antrieb heraus wurde im Jahr 2014 der Verein „Wir im Spessart" (WiS) gegründet. Dieser Zusammenschluss unter Führung des CSU-Abgeordneten Winter erwies sich bald als die treibende Kraft im Kampf gegen den Naturschutz und die späteren Pläne für einen Nationalpark.
Es konnte daher nicht überraschen, dass der Verein „Wir im Spessart" zum Kristallisationspunkt einer Allianz aus Nationalparkgegnern wurde, die weniger das Allgemeinwohl als ihre eigennützigen Ziele im Auge hatten. Wie berechtigt dieser Vorwurf ist, zeigt sich vor allem daran, dass in der gesamten Nationalparkdebatte häufig Personen, bzw. Gruppierungen lautstark in Erscheinung traten, die nicht die Bevölkerungsmehrheit repräsentierten, aber Verluste ihrer eigenen Privilegien befürchteten: Das sind Holzrechtler, Jäger, Vertreter aus Forst- und Holzwirtschaft sowie Funktionäre des Bauernverbandes. Nahezu alle der WiS - Mitglieder stehen in Fundamentalopposition zu Verbesserungen im Naturschutz im Allgemeinen und Waldschutz im Speziellen. Das ist auch der Grund, warum die Gegner eines Nationalparks bayernweit meist aus dem gleichen Lager der Nutznießer, bzw. Inhaber von Privilegien kommen, aber kaum aus der breiten Bevölkerung. Um deren Rückhalt zu gewinnen, gehört es zur bewährten Taktik, die Bevölkerung durch Schüren von Verlustängsten und Falschinformationen zu manipulieren.

Es ist beschämend, dass sich P. Winter als Parlamentarier des bayerischen Landtages zum Sprachrohr dieser Leute gemacht hat. Anstatt ausgleichend und mit objektiven Informationen auf den Verlauf der Debatte einzuwirken, hat er bewusst daran mitgewirkt, diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die einem Nationalpark positiv gegenüber standen, ins Abseits zu stellen und deren Diskreditierung zu dulden. Ein solches Verhalten hat mit den Aufgaben und Pflichten eines Volksvertreters nichts mehr zu tun und ist gesellschaftspolitisch mehr als bedenklich. In diesem Zusammenhang gibt es ein einschlägiges Urteil des Bundesverwaltungsgerichts Az 10 C 6.16 (im Internet abrufbar) mit folgendem Zitat: „Ein Amtsträger darf sich zwar an der Meinungsbildung beteiligen, diese aber nicht lenken oder steuern. Außerdem darf er nicht die Ebene des rationalen Diskurses verlassen und andere ausgrenzen."

Bedenklich im Sinne unserer insbesondere auch von Populisten bedrohten Demokratie ist es, wenn Amtsträger mit ihren Aussagen das Misstrauen gegen die eigene Regierung schüren, wie es hier durch den Abgeordneten Winter geschehen ist. Dadurch werden die Menschen nicht nur verunsichert, dies würde auf Dauer auch zu einem ständigen Misstrauen der Wählerinnen und Wähler gegenüber den gewählten Regierungen führen. In einem Kommentar des Main Echo war dazu lesen: „Erschreckend ist das abgrundtiefe Misstrauen der Nationalparkgegner gegenüber dem Umweltministerium. Egal, welche Zusagen das Resort zu Arbeitsplätzen, Eichen, Wegebenutzung oder Wasserversorgung macht: Es wird dem Ministerium nicht geglaubt. Würden die Deutschen die gesamte Arbeit ihrer Regierungen so herabwürdigen – die Republik wäre nicht mehr zu führen." **Die Verweigerung eines konstruktiven Dialogs**

Nichts scheuten die Nationalparkgegner mehr als einen auf Fakten beruhenden, konstruktiven Dialog. Dieser hätte, wie in demokratischen Prozessen üblich, die Voraussetzung für eine objektive Meinungsbildung in strittigen Fragen schaffen können. Um eine wahrheitsgemäße Aufklärung der Bevölkerung zu unterbinden, wurden Informationsveranstaltungen von Naturschutzverbänden massiv gestört und die Informationen des Umweltministeriums als unglaubwürdig abgetan. Trotz dieser Einschüchterungstaktik hatte eine repräsentative Umfrage des EMNID-Meinungsforschungsinstituts eine Zweidrittelmehrheit der regionalen Bevölkerung für einen Nationalpark ermittelt. Deshalb drängten vor allem die Vertreter der unterfränkischen CSU schon Monate vor einer endgültigen Entscheidung über die Nationalparkfrage im Spessart darauf, den Dialogprozess schnellstens zu beenden. Als fadenscheiniger Grund wurde der Unfriede in den Spessartdörfern genannt, der paradoxerweise durch ihre eigenen Protagonisten ausgelöst wurde. In Wahrheit befürchtete man, dass der Ruf nach einem Nationalpark in der Bevölkerung immer lauter werden und der Spessart in die Konzeptphase des Ausweisungsprozesses gelangen könnte. Dies sollte durch die abrupte Beendigung der Dialogphase unter allen Umständen vermieden werden.

Falschinformationen stiften Angst und Verwirrung

Als einziger Ausweg aus diesem Dilemma blieb die Verbreitung von Halb- und Unwahrheiten, um eine umfassende Diskussion über Werte von Großschutzgebieten für Mensch und Natur und eine vernünftigen Abwägung des Für und Wider eines Natio-

nalparks zu verhindern. Einen Beleg dafür liefert das Flugblatt des Vereins „Wir im Spessart“ mit dem Titel „Weißt du wo die Eichen trotzig ragen“. Wem eingeredet wird, durch einen Nationalpark nur Nachteile zu erleiden, ohne das Für und Wider zu kennen, der wird tendenziell geneigt sein, den selbst ernannten „Rettern der Heimat“ zu glauben. Genau darauf zielten das Flugblatt und die gesamte Falschinformationskampagne der Nationalparkgegner ab. Eine Klarstellung der überwiegend unhaltbaren Argumente finden Sie auf der Internetseite der „Freunde des Spessarts“.
http://www.freunde-des-spessarts.de/2017/05/das-flugblatt-des-vereins-wir-im-spessart/
Arbeitsgrundlage für die geistige Brandstiftung im erwähnten Flugblatt waren sogenannte „Informationen zum Nationalpark“ auf der Homepage der Gemeinde Bischbrunn. Das darin enthaltene Gedankengut wurde offenbar weit gestreut und auch von anderen Gemeinden als Informations- und Argumentationshilfe genutzt. Auf besonders fruchtbaren Boden fiel diese Hilfe in der Gemeinde Mespelbrunn, die sogar das amtliche Mitteilungsblatt zur Verbreitung der nationalparkfeindlichen Parolen missbrauchte. Folgende Angstbotschaften standen wider besseres Wissen und entgegen den Aussagen des Ministeriums im Mittelpunkt der „Informationen zum Nationalpark“:

- Wanderer, Pilzsucher und andere Freizeitnaturnutzer werden kanalisiert und so im Vergleich zu den derzeitigen Möglichkeiten stark eingeschränkt.
- Ca. ¾ der Eichenfläche im Spessart werden in den geplanten Nationalpark fallen. Die Traubeneiche als Sinnbild des Spessarts wird mehr oder weniger sang- und klanglos verschwinden.
- Bei Einrichtung eines Nationalparks werden die Menschen ihren Brennholzbedarf nicht mehr decken können.
- Wildschweine werden wegen Übervermehrung unsere Felder verwüsten.
- Saufänge werden die herkömmlichen Jagdmethoden ablösen und zu tierschutzwidrigen Zuständen führen. Auf diese Weise gewonnenes Wildfleisch ist für den menschlichen Genuss nicht mehr zu gebrauchen.
- Die Erschließung weiterer Wasservorräte wird unmöglich sein, wenn nicht gar die derzeitige Wasserentnahme eingeschränkt wird.

Variationen zu denselben Themen waren vor allem aus dem Munde von MdL P. Winter und auf zahlreichen Protestbannern im Hochspessart zu vernehmen. In der Sendung von main.tv „Kommt der Nationalpark Spessart?“ vom 6.2.2017 (einzusehen über https://www.main.tv/mediathek/video/kommt-der-nationalpark-spessart) sagt der Landtagsabgeordnete wörtlich: „75% bleiben sich selbst überlassen. **Da soll und darf kein Mensch rein**.“ Auch beim CSU-Kreistag (Bericht Main-Echo vom 28.01.2017) betont Winter, dass in der Kernzone eines Nationalparks „ein Betreten von Wanderern oder Pilzsammeln nicht vorgesehen sei.“
Auf dem Infoblatt zur Unterschriftenliste von P. Winters „Wir im Spessart“ werden mit folgenden Worten Aussperrungsängste geschürt und der Verlust unserer Heimat an die Wand gemalt: „Wir sind gegen einen Nationalpark im Spessart, weil wir uns nicht den Großteil des Hochspessarts wegnehmen lassen- inzwischen sind 16.000-20.000 ha im Gespräch!“

Leider wurden auf der Basis dieser Informationen in mehreren Spessartgemeinden vorschnelle Gemeinderatsbeschlüsse gegen einen Nationalpark gefasst und diese als Ergebnis einer ausgewogenen Meinungsbildung präsentiert.

Die Methoden der Nationalparkgegner

Die Allianz der Nationalparkgegner hatte vor allem Geld und politischen Einfluss, beste Voraussetzungen also, um eine schlagkräftige Kampagne zu führen. Am auffälligsten äußerte sich der Widerstand in martialischen Aufmärschen des Bauernverbandes, der mit Schlepperkolonnen, Motorsägenlärm, Trillerpfeifen und Transparenten gegen Auftritte von Umweltministerin Ulrike Scharf in Aschaffenburg und Miltenberg demonstrierte.

In einem gemeinsamen Kraftakt bestückten diese Akteure nicht nur die Dörfer des zentralen Spessarts, sondern auch die Wälder entlang der A3 und anderer Straßen mit Anti-Nationalpark-Transparenten. Im Staatswald geschah dies unter Duldung der Bayerischen Staatsforsten, die den Aktionen Wochen und Monate lang zuschauten.

Auch Parkbuchten im Besitz der Straßenbauverwaltung wurden mit Anti-Nationalpark-Transparenten versehen, ein Indiz dafür, dass auch Behörden dieses Treiben wohlwollend duldeten. Keiner Person oder Organisation wird sonst erlaubt, ohne Genehmigung Werbeplakate an Bäumen und auf öffentlichen Flächen anzubringen. Die Polizei würde sofort eingreifen.

Unter wohlwollender Duldung durch die BaySF wurden viele dieser Transparente im Staatswald aufgehängt.

Eine kleine Auswahl des verwendeten Kampagnen-Materials zeigt in beeindruckender Weise das niveaulose Spiel mit der Angst.

Zu einer weiteren populistischen Aktion der Initiative „Wir im Spessart“ zählt das Entzünden von Mahnfeuern in verschiedenen Spessartdörfern. Diese auf reine Emotionalisierung abzielende Aktion führte zu einer weiteren und völlig unnötigen Zuspitzung in der Debatte um einen Nationalpark im Spessart.
Die perfekt inszenierte Angstkampagne ließ die Menschen in Scharen zu den Veranstaltungen des Vereins „Wir im Spessart“ und des „Verbandes der Spessartforstberechtigten“ strömen, um dort die „richtigen“ Instruktionen zu erhalten. Was sie dort erlebten, war eine extrem aufgeheizte und beklemmende Atmosphäre, die jede vernünftige Diskussionskultur im Keim erstickte. Eine erschreckende Intoleranz machte sich in vielen Spessartdörfern breit. Damit nicht genug: Mit System schickten die Anführer des Widerstands immer dieselben Störtrupps zu den Veranstaltungen der Nationalparkfreunde, um deren Referenten zu widersprechen und die Diskussion zu ihren Gunsten zu lenken. Mit Verwunderung mussten die einheimischen Bürger der jeweiligen Ortschaften dann feststellen, dass viele Plätze in den Veranstaltungsräumen bereits frühzeitig von Fremden besetzt waren, die alle die gleichen Ansichten vertraten.
Hinter den Kulissen wurden auf politischer Ebene die Strippen gezogen und die traditionell guten Verbindungen von Jagd- Bauern- und Holzindustrieverband sowie von P. Winter zum Machtzentrum in München voll ausgenutzt.
Mit welchen Mitteln an der Durchsetzung der eigenen Ansprüche gearbeitet wurde, zeigt das Beispiel des **Deutschen Säge- und Holzindustrie Bundesverbandes** (DeSH), der auf seiner Homepage Nationalparkgegnern Finanzhilfen anbot, wenn sie gegen den Nationalpark klagen. (Auch das Main-Echo berichtete über diesen „Hilfsfond“.) Der millionenschwere Holzindustrieverband bekannte sich offen als Unterstützer der Aktivitäten des Vereins „Wir im Spessart“. Solchen „Finanzhilfen“ aber hängt der Geschmack von Schmiergeldern an, mit denen offenbar demokratische Entscheidungsprozesse unterlaufen werden sollten, noch bevor der Dialogprozess der bayerischen Staatsregierung abgeschlossen war.
Als weiteres Mittel zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung wurde selbstverständlich auch die Presse genutzt. So informierten der Geschäftsleiter Otto Bruder und der Werksleiter Christian Dietershagen der **Fa. Sappi, Zellstoffindustrie** in Stockstadt bei Aschaffenburg in einem Interview mit dem Main-Echo, veröffentlicht in der Ausgabe am 26./27. Februar 2017, die Leser über ihre Sorgen bei einer Ausweisung eines Nationalparks im Spessart. Dabei wurde der Öffentlichkeit mit missverständlichen Zahlen ein Szenario suggeriert, das für das Unternehmen und die Region eine beängstigende Entwicklung erwarten lässt. Mit der Ausweisung eines Nationalparks im Spessart würde Sappi pro Jahr ca. 45 000 fm Rohholz aus dem Spessart verlieren, was 10 % der Einkaufsmenge bedeutet. Der Holzbezug müsste aus weiterer Entfernung erfolgen, verbunden mit Mehrkosten von ca. einer Million Euro und zusätzlichen Verkehrsströmen. Letztendlich könnte gar die Existenz des großen Unternehmens in Gefahr geraten.
Auf der Grundlage des tatsächlichen Holzaufkommens, differenziert nach Baumarten und verwertungstechnischen Sortimenten im potentiellen Nationalparkgebiet kommen Forstexperten jedoch zu völlig anderen Schlussfolgerungen: Demnach würde

der Nutzungsverzicht im geplanten Schutzgebiet die Gesamtversorgung der Fa. Sappi mit Buchenholz nicht um 10 %, sondern nur um etwa 3 % reduzieren. Die Mehrkosten für den Transport dieser geringeren Menge aus anderen Regionen würden nur etwa 350 000 statt einer Million Euro betragen.
Immerhin äußerten sich einige Eiche verarbeitenden Holzbetriebe deutlich realistischer. In der bereits zitierten Main-Echo-Ausgabe vom 26./27. Februar 2017 räumt Friedrich Kohl vom **Furnierwerk Fritz Kohl** in Karlstadt ein, dass es wirtschaftlich für die Firma keinen Unterschied mache, ob ein Nationalpark komme oder nicht. Auch das Sägewerk Hamberger Hardwood mit Standort in Kleinostheim kauft „fast kein Holz“ von den bayerischen Staatsforsten. Allein das **Furnier- und Sägewerk Mehling und Wiesmann** in Lohr versuchte glaubhaft zu machen, dass es auf jeden Stamm aus dem möglichen Nationalparkgebiet angewiesen sei.

Eine zweite tragende Säule des Widerstandes gegen einen Nationalpark war **der Bayerische Bauernverband**. Während man der Holzindustrie noch Eigeninteressen unterstellen konnte, ging es dem Bauernverband um reine politische Agitation und Machtdemonstration. Die industrialisierte Landwirtschaft ist ein Hauptverursacher der Naturzerstörung. Sie verhindert seit vielen Jahren überfällige Reformen nicht nur in Brüssel und Berlin, sondern reagiert im ganzen Land geradezu allergisch auf jedwede Forderung nach mehr Naturschutz. Nur so ist es zu erklären, dass ein Bauernverband mit an den Haaren herbeigezogenen Argumenten ein Schutzgebiet mitten im Staatswald des Spessarts bekämpfte und dies mit der Verletzung von Eigentümerrechten begründete. So enthielt die Einladung des Kreis-Bauernverbandes zur Schlepperdemo am 10.Februar 2017 auch eine aggressive und zum Hass aufstachelnde Symbolik, die sich in folgendem Bild ausdrückte:

Prof. Frank Brettschneider, der Inhaber des Lehrstuhls für Kommunikationswissenschaft an der Universität Stuttgart-Hohenheim, wurde zu diesem Bild vom Main-Echo befragt und fand folgende Worte: „Wer den Gegner als Tier darstellt, drückt damit aus, dass man sich mit ihm nicht verständigen kann. Die Kernbotschaft ist: Der andere ist das Böse."
Leider hat sich diese Interpretation als wahr erwiesen, denn die Früchte dieser Botschaft wurden während der gesamten Kampagne der Nationalparkgegner offenkundig.

Die Bürgerbewegung Freunde des Spessarts
Mitten in dieser heißen und von Negativnachrichten geprägten Phase der Nationalparkdebatte wurde am 17.03.2017 die „Bürgerbewegung Freunde des Spessarts" in Lohr gegründet. Sie sah ihren Auftrag darin, die Pläne der Staatsregierung für einen dritten Nationalpark zu unterstützen und allen Befürwortern eines Nationalparks im Spessart eine Stimme zu geben. Insbesondere sollte der Manipulation des Bürgerwillens durch die Verbreitung von Halb- und Unwahrheiten entgegengetreten und eine Versachlichung der Diskussion durch objektive Informationen gefördert werden. Außerdem stellte die Bürgerbewegung in ihren Positionen klar, dass sie den von Umweltministerin Scharf angeregten Dialogprozess für den richtigen Weg hält und ihn positiv mitgestalten wolle.

Unterstützung durch den bekanntesten Förster Deutschlands und Bestseller-Autor Peter Wohlleben (hinten links) bei der Gründungsfeier der „Bürgerbewegung Freunde des Spessarts" am 27.03.2017 in Lohr

Nach all dem, was vorausgegangen war, hatte die Bürgerbewegung mit dieser Einstellung einen ungleich schwereren Stand als die Allianz der Gegner. Während man heutzutage mit Fake-News sogar Wahlen gewinnen kann, ist es im Vergleich dazu

eine wahre Sisyphusarbeit, die Menschen „nur“ mit Fakten und ohne demagogische Tendenzen zu überzeugen. Dennoch ging die Bürgerbewegung diesen Weg. Es schien, als ob David im ungleichen Kampf gegen Goliath angetreten wäre.
Während z.B. der damalige Bayerische Finanz- und Heimatminister Markus Söder in einem großen Main-Echo-Interview seinem Parteifreund Peter Winter „zur Seite sprang“, versuchten die „Freunde des Spessarts“ ohne Rückenwind aus der großen Politik und auf ehrliche Weise, die Herzen der Menschen zu gewinnen. So war denn auch das Herz im Logo der Bürgerbewegung sinnbildlich für ihre zentrale Botschaft: „Ein Herz für einen Nationalpark in unserem Spessart“.
Dem Vorstand des neuen Vereins gehörten Michael Kunkel als erster Vorsitzender, Heidi Wright als 2.Vorsitzende, Pia Kunkel als Kassiererin, Petra Brand als Schriftführerin sowie Prof. Dr. Burkhard Büdel als Beisitzer an. Einen kurzen Steckbrief der genannten Personen findet man unter http://www.freunde-des-spessarts.de/der-verein/
In einem gewaltigen Pensum ehrenamtlichen Engagements gelang dem Vorstand mit Hilfe unzähliger Unterstützer(innen) eine Bewegung in Gang zu setzen, die sich in einer Vielzahl praktischer und öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten niederschlug. Diese begannen bereits lange vor der Vereinsgründung z.B. durch Weitergabe von Informationen an die Medien. Wegen deren begrenzten Wirkung, u.a. durch verkürzte, teilweise auch unterlassene Veröffentlichung, mussten alternative und sehr zeitaufwändige Schritte zur Aufklärung der Bevölkerung unternommen werden. Ein wesentlicher Baustein dazu war der Aufbau einer eigenen Homepage mit dem Titel www.freunde-des-spessarts.de. Diese Plattform ermöglichte allen Interessierten den Zugang zu umfassenden, den Nationalpark betreffenden Hintergrundinformationen.
Des Weiteren fanden an unterschiedlichen Orten Informationsveranstaltungen statt, die insbesondere von Mitgliedern des Bund Naturschutz in Bayern, des Landesbundes für Vogelschutz und regionalen Gruppen von Greenpeace durchgeführt wurden. Besonders hervorgetan haben sich dabei die Herren Michael Kunkel, Hartwig Brönner und Dr. Ralf Straußberger. Teilweise wurden diese Personen auch zu Veranstaltungen der Grünen in den Landkreisen des Spessarts als Redner eingeladen.
Maßgeblich unterstützt wurde die „ Bürgerbewegung Freunde des Spessarts“ durch Vorträge und wissenschaftliche Beiträge einer ganzen Reihe renommierter Persönlichkeiten. Dazu zählen der leider viel zu früh verstorbene Karl Friedrich Sinner, Prof. Dr. Burkhard Büdel, Prof. Dr. Jörg Müller, Prof. Dr. Detlev Drenckhahn, Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Prof. Dr. Hubertus Job und nicht zuletzt der Bestseller-Autor Peter Wohlleben, der die Freunde des Spessarts mit aus der Taufe gehoben hatte.
Insbesondere der frühere Leiter des Nationalparks Bayerischer Wald, Karl Friedrich Sinner, war auf vielen Veranstaltungen Gesicht und Stimme der Befürworter im Spessart. Der mehrfach ausgezeichnete Naturschützer trat in der Nationalparkdebatte immer wieder vehement für das Projekt ein und bezeichnete einen Nationalpark als Heimatschutz im besten Sinne. Das sind Worte, die man gerne auch aus dem Munde unseres Heimatministers Markus Söder gehört hätte.
Um vor allem die politisch Verantwortlichen zu erreichen, schickten die „Freunde des Spessarts“ Briefe an Ministerpräsident Seehofer, an die Ministerin für Umwelt- und

Verbraucherschutz Ulrike Scharf und an alle Landräte und Bürgermeister im Spessart mit dem dringenden Appell, sich für einen Nationalpark in unserer Region einzusetzen. Mit verschiedenen Amtsträgern wurden persönliche Gespräche geführt, wobei insbesondere der Besuch einer Delegation der Nationalparkbefürworter bei Umweltministerin Ulrike Scharf am 29.06.2017 in München zu erwähnen ist.

Die „Bürgerbewegung Freunde des Spessarts“ bei Umweltministerin Ulrike Scharf in München. Von links: Sebastian Schönauer, Ulrike Scharf, Petra Brand, Michael Kunkel, Elke Geyer, Pia Kunkel

Bei einer Tour zu Landratsämtern und Rathäusern der drei Spessartlandkreise haben die Freunde des Spessarts die Kommunalpolitiker gebeten, dem Spessart über die nächste Hürde im Nationalparkprozess zu helfen. Banner mit eindrucksvollen Bildern aus den kleinen Naturschutzgebieten des Spessarts sollten dabei einen Vorgeschmack liefern, wie es auf viel größerer Fläche in einem Nationalpark aussehen könnte. (Siehe nächstes Foto!)

Auf dem Stiftsplatz in Aschaffenburg. Von Links: Reinhold Hasenstab, Heidi Wright, Bürgermeister Herzing, Sebastian Schönauer, Michael Kunkel, Sonja Fiederling

An vielen Wochenenden und in zahlreichen Dörfern und Städten des Spessarts suchten die Nationalparkfreunde mit Hilfe von Informationsständen den direkten Kontakt zur Bevölkerung. Abseits von lauten und Aufsehen erregenden Demonstrationen und in ruhiger Atmosphäre begegneten sie dort überwiegend Menschen, die für einen Nationalpark sehr aufgeschlossen waren. In vielen Äußerungen drückte sich aber auch aus, welchen immensen Schaden die Nationalparkgegner durch ihre Desinformationskampagne bereits angerichtet hatten. Nicht wenige der Gesprächspartner glaubten zum Beispiel, dass der gesamte Spessart (und nicht nur 10 % der Waldfläche) zum Nationalpark erklärt werden solle, dass auch private Wälder und Wiesen Einschränkungen unterworfen würden (obwohl nur Staatswald betroffen gewesen wäre) oder dass der Nationalpark eingezäunt und nur gegen Eintrittsgeld in wenigen Bereichen betreten werden dürfe.

Nicht zuletzt deshalb waren auch Informationsblätter ein Hilfsmittel, das die Freunde des Spessarts zur Aufklärung einer oft desorientierten Bevölkerung nutzten mussten.

Das sehr erfreuliche Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts EMNID war schließlich ein schöner Lohn für all die gemeinsamen Anstrengungen. Rund zwei Drittel der Befragten in unserer Region fanden die Idee für einen Nationalpark im Spessart eher gut oder sogar sehr gut. Obwohl der Nationalpark also nicht gegen den mehrheitlichen Willen der Bevölkerung entstanden wäre, wurde er letztlich von einigen wenigen Potentaten aus Politik und Wirtschaft vereitelt.

Die Hauptstreitpunkte

Der Streit über die Auswirkungen eines Nationalparks entzündete sich vor allem am vermeintlichen Untergang der Eiche und an den Spessartforstrechten. Beide Themen wurden von den Nationalparkgegnern als unüberwindliche Hürde auf dem Weg zu einem Jahrhundertprojekt mit überregionaler Bedeutung aufgebaut.

Zur Eiche

Aus jagdlichen und wirtschaftlichen Motiven heraus wurde der Anteil der Eiche von wenigen Prozenten im einstigen Naturwald auf heute 25 % im Hochspessart angehoben. Forstkreise haben ein großes Interesse daran, diese Baumartenverschiebung zu Lasten der heimischen Buche als kulturelle Leistung darzustellen und die Eiche als Charakterbaum des Spessarts zu stilisieren. Durch die natürliche Waldentwicklung in einem Nationalpark sahen sie ihre Sicht der Dinge in Gefahr und verbreiteten deshalb die Nachricht, dass die Spessarteiche in ihrer Existenz bedroht sei (Ausrottungsprogramm). Ausgerechnet Forstleute, die mit der fast vollständigen Liquidierung der Alteichenvorräte das größte Massaker an der Artenvielfalt in unseren Wäldern angerichtet haben, stellten dann auch noch die ökologische Bedeutung der Eiche heraus, die es gegen einen Nationalpark zu verteidigen gäbe. In Unkenntnis der wahren Zusammenhänge stießen schließlich alle Nationalparkgegner in das gleiche Horn.

Um welche Dimension es bei der Eichendiskussion im laufenden Nationalparkverfahren wirklich ging, mögen folgende Zahlen verdeutlichen:

Laut Ergebnis der Bundeswaldinventur 3 gibt es im bayerischen Spessart einen Eichenvorrat von rund 6 Millionen Kubikmeter. Davon hätten rund 0,375 Millionen Kubikmeter, das sind 6 %, in der Kernzone eines potentiellen Nationalparks gelegen.

94 % des Eichenvorrates wären also nach wie vor forstlich nutzbar gewesen. Trotzdem wurde die Mär vom „Nationalpark als Ausrottungsprogramm für die Eiche“ gezielt gestreut.

Prof. Dr. Jörg Müller konnte in einer wissenschaftlichen Expertise nahezu alle Befürchtungen der Nationalparkgegner klar widerlegen. Sein Fazit lautet:

- Es ist unbestritten, dass die Eiche im Buchenwald des Spessarts unter den vergangenen Klimabedingungen der letzten Jahrhunderte nur eine Begleitbaumart mit ca. 5% Anteil wäre.
- Wissenschaftler aus der Klimaforschung und der Waldwachstumskunde in Bayern und Deutschland erwarten eine Begünstigung der Eiche bereits Ende dieses Jahrhunderts durch rasche Zunahme von Trockenjahren.
- **Die Alteichen im Spessart sind historisch gesehen dramatisch durch Nutzung zurückgegangen** (von 5000 ha im Jahre 1840 auf 200 ha heute in nur 170 Jahren.) Dies ist seit der ersten Forsteinrichtung im Spessart 1772 gut belegt.
- Ein Nationalpark im Spessart ohne ökonomisches Diktat könnte auf seiner Gesamtfläche relativ einfach die Eiche auf dem gleichen (höheren) Niveau halten wie heutige Forstbetriebe trotz Buchenkonkurrenz, indem
- konsequent gebietsfremdes Nadelholz durch Eiche ersetzt wird
- Lichtwaldstrukturen in der Randzone geschaffen werden mit besseren Naturverjüngungsmöglichkeiten für die Eiche.
- Gleichzeitig würden deutlich mehr Alteichen ihr natürliches Alter von über 300 Jahren erreichen.

Weiterhin vertritt Dr. Müller die Auffassung: „Es gibt viele Argumente bezüglich einer Nationalparkausweisung abzuwägen, **die Eiche sollte hier im Spessart nicht als Argument missbraucht werden.**“

Die Alteichen im Spessart sind historisch gesehen dramatisch durch Nutzung zurückgegangen, von 5000 ha im Jahre 1840 auf 200 ha heute in nur 170 Jahren. (hier der mit Eichen gut bestückte Wertholzlagerplatz „Salzweg“ bei Weibersbrunn im Frühjahr 2017)

Bis ins Jahr 2011 legte der Forstbetrieb Rothenbuch Hand an die uralten Eichen des Heisterblockes und verschonte auch wertvollste Biotopbäume nicht (hier Abt. Altheister). Keiner der vielen Eichenfreunde unter den Nationalparkgegnern protestierte dagegen. Erst das Einschreiten von Bund Naturschutz und LBV machte dem Treiben bis heute ein Ende.

Zu den Spessartforstrechten

Ihre Entstehung geht auf Zeiten bitterer Not im Spessart zurück, wo es weder Öl noch Kohle zum Heizen gab. Die heutigen Lebensumstände sind mit den damaligen nicht annähernd vergleichbar, weshalb auch die Rechte selbst nur als blanker Anachronismus bezeichnet werden müssen. In der vorgeschriebenen Form sind sie auf die heutige Zeit nicht mehr anwendbar und deshalb auch unattraktiv geworden. Wenn überhaupt, spielt allenfalls das Oberholzrecht in der erweiterten Form von 1978 noch eine bescheidene Rolle. In welchem Maße es derzeit noch ausgeübt wird, ist mangels nachvollziehbarer Daten nicht bekannt. Alle von der BaySF veröffentlichten Rechtsholzmengen sind nichts anderes als „Hausnummern", die tendenziell sehr hoch gehalten werden, um mit der angeblich großen Bedeutung der Spessartforstrechte Waldschutzgebiete zu verhindern.

Aber selbst die veröffentlichten Zahlen belegen, dass der Anteil derjenigen, die im Forstbetrieb Rothenbuch ihr Recht angeblich noch ausüben (ca. 700), magere 1% aller Forstberechtigten im Spessart (ca. 65 000) ausmacht. Bezogen auf die Kernfläche eines potentiellen Nationalparks wären es noch weniger.

Ähnlich aufschlussreich ist eine Betrachtung der Mengenverhältnisse: Aus dem Gesamtwald des Spessarts kommen jährlich mehr als 200.000 Festmeter Brennholz (ohne Hackschnitzel). Die jährliche Menge des im Forstbetrieb Rothenbuch aufgearbeiteten Rechtsholzes beträgt 3220 Festmeter. (Presseartikel im Main-Echo „Brennholzangebot jetzt online abfragen" vom 12./13.11.2016). Das sind 1,6 % des Brennholzaufkommens im Spessart.

Allein diese wenigen Zahlen belegen, dass die Brennholzversorgung im Spessart nicht im Geringsten von den Spessartforstrechten abhängt, sondern von der Zuteilung regulär zu bezahlenden Brennholzes. Darüber hätte man bei der geplanten Ausweisung eines Nationalparks ehrlicherweise reden müssen und gleichzeitig die Chance nutzen können, Verbesserungen gegenüber der bisherigen Situation zu erwirken. Diese Gelegenheit hat der Verband der Spessartforstberechtigten verpasst und stattdessen die im Grundbuch eingetragenen Forstrechte dazu benutzt, um einen Nationalpark zu verhindern. Welch ein Trauerspiel angesichts der befürchteten, aber nur geringen Nachteile für nur wenige Mitbürger und der enormen Chancen, die sich durch einen Nationalpark für die Bevölkerungsmehrheit eröffnet hätten! Zu verantworten haben es die im Verband der Spessartforstberechtigten zusammengeschlossenen Gemeinden, allen voran ihre Bürgermeister, denen der Blick für das Wesentliche offenbar verloren gegangen war.

Dazu beigetragen hat ein von der BaySF in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten ihres Rechtsanwaltes Josef Geislinger. Als Quintessenz kommt es zu dem Ergebnis, dass mit einem entschädigungslosen freiwilligen Verzicht der Spessartforstberechtigten nicht zu rechnen sei. Alternativ könne zwar die Durchführung eines Enteignungsverfahrens zum Zwecke des Entzugs der Spessartforstrechte in Betracht gezogen werden, es sei aber fraglich, ob dafür die tatbestandlichen Voraussetzungen gegeben sind, mit anderen Worten die Enteignung „zwingend erforderlich" ist.

Dieser Rechtsauffassung widersprach der Staatsrechtler Prof. Dr. Franz Lindner von der Universität Augsburg in einem eigenen Gutachten vom 20.Juni 2017. Unter Bezug auf die neueste Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vom

06.12.2016 zeigt er auf, dass die nationalparkspezifischen Nutzungsbeschränkungen und die damit verbundenen Beschränkungen von Forst- und Holznutzungsrechten sog. „Inhalts- und Schrankenbestimmungen“ darstellen, die sich grundsätzlich als verhältnismäßig erweisen und von den Rechteinhabern entschädigungslos hinzunehmen sind.
Die Staatsregierung hat bei ihren Entscheidungen letzteres Gutachten in keiner Weise berücksichtigt, weil es nicht in ihr politisches Weltbild passte.
Bei nüchterner Betrachtung der beiden Hauptstreitpunkte fällt auf, dass die vermeintliche Problematik mit der Eiche bewusst falsch dargestellt wurde und dass ein bisschen guter Wille bei den Spessartforstrechten zu guten Lösungen geführt hätte.

Das Verhalten der Staatsregierung

Der Staatsregierung ging es von Anfang an nicht darum, einen Nationalpark dort einzurichten, wo er auch naturschutzfachlich den größten Gewinn bringen würde. In Bayern wären dies die Laubwälder Frankens gewesen, weil genau dort diejenigen Waldgesellschaften beheimatet sind, für die unser Land die größte Verantwortung hat. Diese Erkenntnis hätte im Vordergrund stehen müssen, wenn man es mit Naturschutz wirklich ernst meinen würde. Stattdessen hielt man sich mit der Aussage, dass kein Nationalpark gegen den Willen der örtlichen Bevölkerung kommen werde, alle Hintertürchen für parteitaktische Überlegungen offen. Dieser Wille lässt sich mit geeigneten Mitteln steuern, wie wir im Spessart gesehen haben. Mit anderen Worten: Ein Nationalpark wird- wenn überhaupt- nur dort kommen, wo er dem politischen Machtanspruch der CSU dient. Im Spessart scheint dies derzeit noch nicht der Fall zu sein.
Entsprechend antriebslos verliefen die Bemühungen der Staatsregierung, im Spessart für einen Nationalpark zu werben. Der personelle und mediale Input für dieses Projekt war beschämend niedrig. Neben zwei Auftritten von Umweltministerin Ulrike Scharf in Aschaffenburg und Miltenberg vor Repräsentanten des öffentlichen Lebens blieb die Aufklärung der Bevölkerung an einem einzigen Ministerialbeamten namens Karl-Friedrich Barthmann hängen. Dieser kam nur auf Nachfrage in einzelne Gemeinden und mühte sich bei Abendveranstaltungen in betont objektiver Art ab, die Bürgerinnen und Bürger vom Sinn eines Nationalparks zu überzeugen. Bürgermeister, die ihren Gemeindemitgliedern diese Informationen aus erster Hand vorenthalten wollten, luden zu einer Informationsveranstaltung des Ministeriums schon gar nicht ein. Ergänzt wurde die staatliche Aufklärungsoffensive durch die Einrichtung der Internetseite www.np3.bayern.de, die aber nur die wenigsten Menschen erreichte. In der Presse hörte man so gut wie gar nichts aus München.

Sehr aufschlussreich ist auch die Tatsache, dass sich das **Amt für Ernährung Landwirtschaft und Forsten Karlstadt (AELF)** in äußerster Zurückhaltung übte. Eigentlich hätte man erwarten müssen, dass diese für die Wälder in unserem Raum zuständige Forstbehörde an der Seite der Staatsregierung für einen Nationalpark eintreten würde; sie ist ja auch sonst an deren Weisungen gebunden. In diesem Fall aber musste man den Eindruck gewinnen, dass der oberste Dienstherr seinen Untergebenen einen Maulkorb verordnet hatte. Damit spricht vieles dafür, dass bei der

Verhinderung eines Nationalparks im Spessart nicht das Umweltministerium, sondern das wirtschaftsfreundliche Ministerium für Ernährung Landwirtschaft und Forsten die Fäden in der Hand hielt.
Ein gewaltiges Informationsdefizit spielte somit all jenen in die Hände, die einen Nationalpark verhindern wollten. Fast ein ganzes Jahr lang durften die Nationalparkgegner um MdL Winter die meisten Verlautbarungen aus dem Umweltministerium als unglaubwürdige Falschinformationen verunglimpfen, ohne dass ihnen von offizieller Seite widersprochen worden wäre. Im Gegenteil: Wie zur Belohnung erhielt der Verein „Wir im Spessart“ die Gelegenheit, beim Ministerpräsidenten höchstpersönlich vorzusprechen. Dieser zeigte viel Verständnis für die Sorgen der aus dem Spessart angereisten Delegation mit Parteifreund P. Winter an der Spitze.
Den Befürwortern des Nationalparks, repräsentiert durch die „Bürgerbewegung Freunde des Spessarts“ wurde dagegen kein Gesprächstermin beim Ministerpräsidenten eingeräumt.
Ministerpräsident Seehofer hat seinen Parteifreund Peter Winter fast ein ganzes Jahr lang gegen den Nationalpark agieren lassen, um erst nach dem endgültigen „Aus“ für den Spessart zu erklären, dass er wegen der Widerstände, auch von CSU-Abgeordneten, „betrübt“ sei. Vorher kam ihm eine solche Aussage nicht über die Lippen.
Daraus kann man schließen, dass es nur vordergründig um Widerstände aus der eigenen Partei ging, in Wahrheit aber um den fehlenden politischen Willen der Führungsspitze, den Schutz der Natur genauso wichtig zu nehmen wie den Bau von Autobahnen oder Flughäfen. Bei der Durchsetzung technischer Großprojekte fragt die Staatsregierung auch nicht nach dem Willen der örtlichen Bevölkerung; sie enteignet, wo es nötig ist und nimmt Kollateralschäden größten Ausmaßes an Natur und Umwelt in Kauf. Wenn es allerdings um ein wichtiges Projekt im Bereich des Naturschutzes und letztlich um Wiedergutmachung der vielfältigen Naturzerstörungen im Lande geht, werden vergleichsweise niedrige Hürden zu einem unüberwindlichen Problem erklärt. Am Beispiel des Spessarts wird sehr deutlich, dass die bayerische Staatsregierung ihren Teil der nationalen Verantwortung für den Schutz der Buchenwälder nicht mittragen will und dieses große Anliegen in das Ermessen der lokalen Bevölkerung stellt.
Die Begründung des Kabinettsbeschlusses vom 18.07.2017 über die Herausnahme des Spessarts aus dem Auswahlverfahren für einen dritten Nationalpark war deshalb erwartungsgemäß fadenscheinig. Sie lautete: „Maßgeblich für das Angebot eines Nationalparks ist, dass private Eigentumsrechte nicht beeinträchtigt werden. Es hat sich gezeigt, dass diese Voraussetzung im Spessart wegen der Vielzahl von individuellen Holznutzungsrechten nicht gewährleistet werden kann. Darüber hinaus sind negative Auswirkungen auf die heimische Holzwirtschaft, insbesondere bei der Verarbeitung der einzigartigen Furniereiche, nicht auszuschließen.“

Die Rolle der Parteien und gesellschaftlich relevanter Organisationen

Es ist eine bedrückende Tatsache, dass viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens nur den Blick darauf richteten, welcher möglicher „Schaden“ mit einem Nationalpark für sie selbst, ihre Partei oder Organisation verbunden sein könnte ohne zu

ermessen, welche Chancen ein solches Schutzgebiet für die Menschen kommender Generationen und für die Natur selbst bieten würde. Der Gedanke daran, dass die Früchte eines Nationalparks erst in Jahrzehnten zur vollen Reife gelangen könnten, war kein ausreichender Antrieb, sich für ein solches Projekt zu engagieren. Eine echte, auf die Zukunft gerichtete Güterabwägung fand daher niemals statt, was nicht verwundert, wenn die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen im politischen Alltag nahezu keine Rolle mehr spielt. Geleitet von kurzfristigem Nutzdenken fehlte maßgeblichen Akteuren (Landräte, Landtagsabgeordnete und Bürgermeister eingeschlossen) Weitblick und Verständnis für die hohe Bedeutung eines Nationalparks im Wertegefüge unserer Gesellschaft.

Keine einzige **politische Partei** stellte sich mit Nachdruck und Geschlossenheit hinter die Nationalparkpläne. Auf regionaler Ebene spiegelten die Äußerungen einzelner Mandatsträger ein diffuses Bild wieder. Wohlwollende Worte der Grünen in den Landkreisen Aschaffenburg und Miltenberg waren nicht kraftvoll genug, um einen politischen Diskurs pro Nationalpark in Gang zu setzen. In Lohr am Main lehnten ausgerechnet grüne Stadträte das Vorhaben ab, obwohl es von der Mehrheit der Räte der CSU und anderer Parteien befürwortet wurde.

Insbesondere von den **Tourismusverbänden** hätte man erwarten können, dass sie sich zum eigenen Vorteil und „ohne Wenn und Aber“ für einen Nationalpark einsetzen würden. Auch dies ist - wohl aufgrund vielfältiger Abhängigkeiten- entweder gar nicht oder nur sehr verhalten geschehen.

Der **Verein Naturpark Spessart** hätte eine Vorreiterrolle bei der Befürwortung der Nationalparkpläne übernehmen können, weil ein Nationalpark erhebliche Synergieeffekte für die Erreichung der satzungsgemäßen Ziele gebracht und den Naturpark nicht beeinträchtigt, sondern aufgewertet hätte. Leider wird der Verein von einem Vereinsausschuss geleitet, dessen Mitglieder mehrheitlich nichts für einen Nationalpark übrig hatten. Dazu gehören u.a. alle drei Landräte der Landkreise im Spessart, der Oberbürgermeister von Aschaffenburg und einige Bürgermeister. Sie alle haben, neben den Mitgliedsgemeinden im Spessart, ein erhebliches Mitspracherecht in finanziellen Angelegenheiten des Vereins und damit ein Druckmittel bei allen Entscheidungen. Bis auf den Landrat Marco Scherf aus Miltenberg saßen alle Verantwortlichen das Thema Nationalpark einfach aus. Sie waren weder warm noch kalt und hielten sich öffentlich stets bedeckt, um keine Angriffspunkte in einer Angelegenheit zu geben, für die es sich ihrer Meinung nach nicht zu kämpfen lohnte. Als fadenscheinige Ausrede für ihre Haltung gaben vor allem die Landräte Dr. Reuter (CSU) und Landrat Thomas Schiebel (FW) bis zuletzt an, dass ihnen die nötigen Informationen fehlten. Ganz anders verhielten sich die fortschrittlichen Landräte in der Rhön, die offen für einen Nationalpark eintreten.

Die **Natur- und Landschaftsführer** des Spessarts sind sehr engagierte Persönlichkeiten mit Freude an der Natur und am Umgang mit Menschen**.** Ihre Führungen verstehen sie als Beitrag zu einem sanften, naturschonenden Tourismus und sich selbst

als Botschafter des Spessarts. Damit hat dieser Personenkreis schon bisher getan, was in einem Nationalpark besonders gefragt wäre. Doch statt die eigene Position zu stärken und einen Nationalpark willkommen zu heißen, fielen die Naturparkführer nur durch eisiges Schweigen auf. Für dieses Verhalten kommen vor allem zwei Gründe in Frage:
Erstens fühlen sich die Natur- und Landschaftsführer als Arbeitsgemeinschaft des Vereins Naturpark Spessart stark an dessen politischer Ausrichtung gebunden. Zweitens waren die Naturparkführer in ihren eigenen Reihen teilweise von Nationalparkgegnern umgeben und mehrheitlich offenbar nicht mutig genug, eine andere Meinung zu vertreten.

Vor allem dem **Spessartbund** können einige kritische Worte nicht erspart bleiben. Dieser Verein ist ein anerkannter Naturschutzverband, der in der Nationalparkfrage jede Glaubwürdigkeit vermissen ließ. Er hätte sich ein Beispiel am Rhönclub nehmen sollen, der sich voll hinter die Planung eines Nationalparks in der Rhön stellte. Stattdessen zogen es die Verantwortlichen des Spessartbundes vor, ständig nur die Bedrohung der Kulturlandschaft durch einen Nationalpark zu thematisieren und sich in Fragen der Waldbewirtschaftung einzumischen. Dadurch machte sich der Spessartbund zum willfährigen Handlanger bayerischer Forstpolitik und zum Fürsprecher für die Bayerischen Staatsforsten (BaySF). Deren Ziel ist die uneingeschränkte Holznutzung und ein auf Wirtschaftlichkeit ausgerichteter tiefgreifender Waldumbau auf der gesamten Waldfläche ohne Ausweisung weiterer Schutzgebiete.
Eine entscheidende Rolle in dieser Hinsicht spielte der 2. Hauptvorsitzende des Spessartbundes, Richard Krebs aus Bischbrunn. Der auch als „Schwarzer Krebs“ bezeichnete CSU-Mann hat höchste Parteiauszeichnungen und beste Verbindungen in die Parteizentrale nach München. Im Main-Echo-Artikel „Refugium für Tier und Mensch“ vom 12.01.2016 verteidigt Krebs mit leidenschaftlichen Worten den bayerischen Weg von „Nützen und Schützen“ auf ganzer Fläche. Gleichzeitig geißelt er Waldschutzgebiete als Verlust der Landeskultur und plädiert für sogenannte Trittsteine „statt der Ausweisung des ganzen Spessarts als Nationalpark“ (es ist sehr bemerkenswert, dass schon zum Jahresbeginn 2016 die Lüge vom ganzen Spessart als Nationalpark verbreitet wurde). Nach Meinung von Krebs liegen heute überproportional viele Schutzgebiete im Wald, obwohl tatsächlich nur 0,3 % von der Gesamtwaldfläche im Bayerischen Spessart rechtsverbindlich nutzungsfrei sind. Mit dieser Einstellung liegt Krebs voll auf der Linie der Bayerischen Staatsforsten. Das hervorragende Einvernehmen der beiden Organisationen funktioniert deshalb auch nach dem Prinzip: „Eine Hand wäscht die andere.“
Auch der erste Vorsitzende des Spessartbundes, Dr. Gerrit Himmelsbach, hat sich schon Jahre vor Bekanntwerden der Nationalparkpläne auf zahlreichen Veranstaltungen und sogar in Schulen gegen die Idee von Waldschutzgebieten ausgesprochen. Der Titel seiner Vorträge lautete: „Der Spessart- zwischen angeblichem Raubbau und ökologischer Diktatur.“ Der Begriff „Diktatur“ zielte eindeutig auf die Naturschutzverbände ab, die nicht als Teil unserer demokratischen Gesellschaft, sondern als Extremisten wahrgenommen werden sollten.

Alles in allem ist der Spessartbund als großer und einflussreicher Naturschutzverband in hohem Maße für das Scheitern eines Nationalparks im Spessart mitverantwortlich.

Ganz anders verhielt sich der **Deutsche Alpenverein (DAV)**, ebenfalls ein anerkannter Naturschutzverband und in unserer Region mit mehr Mitgliedern vertreten als der Spessartbund. Die Mitgliederversammlung der Sektion Aschaffenburg begrüßte die Entscheidung der Landesregierung, einen dritten Nationalpark zu schaffen und damit wieder ein Stück mehr Wildnis in Bayern zuzulassen. Nach Ansicht der Aschaffenburger Sektion ist die Ausweisung weiterer Nationalparks wissenschaftlich, naturschutzfachlich, ethisch und auch umweltpolitisch gut begründet. Ein Nationalpark inmitten des Spessarts könne als Spenderfläche für bedrohte Arten für die umgebenden ausgedehnten Wälder dienen und bis in die benachbarten Naturparks Rhön und Odenwald wirken. Daher forderte die Mitgliederversammlung der Sektion Aschaffenburg die bayerische Landesregierung auf, für die Vorteile eines Nationalparks Spessart zu werben.
Bedauerlich ist nur, dass der DAV mit dieser Haltung nicht deutlich wahrnehmbar an die Öffentlichkeit getreten ist.

Das Verhalten der **Bayerischen Staatsforsten (BaySF)** in der Nationalparkfrage war sehr ambivalent und alles andere als neutral. Einerseits gab ihr Vorstandsvorsitzender Martin Neumeyer am 02.08.2016 bei der Süddeutschen Zeitung zu Protokoll, dass sein Unternehmen den Prozess der Nationalparkausweisung konstruktiv und sachlich begleiten werde. Der Spessart eigne sich aufgrund seiner vergleichsweise Abgeschiedenheit hervorragend für einen Nationalpark. Auf der anderen Seite wurde der Forstchef die Geister nicht mehr los, die schon sein Vorgänger gerade im Spessart gerufen hatte. Seit Jahren betreiben die dortigen Forstbediensteten eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit, die ihre bescheidenen Leistungen im Naturschutz herausstellen und die fehlende Notwendigkeit weiterer Schutzgebiete begründen soll. Zu diesen Bestrebungen passte ein Nationalpark unter gar keinen Umständen; er hätte das Selbstverständnis der Forstleute und die eigenen Unternehmensziele in Frage gestellt. Diese sind auf die Bewirtschaftung der gesamten Waldfläche ausgerichtet und lassen keinen Raum für unberührte Wälder. Deshalb waren es gerade Forstleute der BaySF, die bei Veranstaltungen zum Nationalpark als Wortführer der Gegner auftraten. Revierleiter Georg Roth vom Forstrevier Rothenbuch West verstieg sich bei einer Versammlung in Neuhütten sogar zu der Äußerung, dass ein Nationalpark die Trinkwasserversorgung der Gemeinde gefährden könne. Ulrich Mergner, ein Forstbetriebsleiter aus dem Steigerwald, eilte eigens in den Spessart, um bei einer Versammlung der Jäger für ein Trittsteinkonzept statt einem Nationalpark zu werben.
Als bester Hebel gegen einen Nationalpark bot sich für die BaySF aber die Brennholzfrage an. Mit einem völlig einseitigen, teilweise nicht nachvollziehbaren Faltblatt „Brennholz aus dem Spessart“ schürte das Unternehmen ganz bewusst die Angst vor einer Brennholznot durch Waldschutzgebiete.
Bedienstete der Forstbetriebe haben selbst die Spessartforstrechte als Kampfinstrument gegen einen Nationalpark benutzt, obwohl Forstrechte immer eine Belastung

für den Waldeigentümer darstellen. Nicht ohne Grund hat der Staat überall in Bayern ein Interesse daran, diese Rechte auf das absolut notwendige Maß zu begrenzen oder entschädigungspflichtig abzulösen. Im Spessart betrieben BaySF-Förster genau das Gegenteil, indem sie die Forstrechte verbal aufwerteten und als Waffe gegen Waldschutzgebiete einsetzten; sie stärkten den Rechtlern den Rücken und machten sie zu ihren Verbündeten. Das beste Beispiel dafür lieferte der stellvertretende Forstbetriebsleiter von Heigenbrücken, Karl-Heinz Göldner, als er bei der Jahresversammlung des Rechtlerverbandes am 01.09.2016 in Faulbach die Anwesenden aufrief, gegen die mögliche Einschränkung ihrer Rechte durch einen Nationalpark zu klagen.
Aber nicht nur beim Verband der Spessartforstberechtigten, sondern auch bei der Jägerschaft nimmt die BaySF eine opportunistische Haltung ein. Das Wohlwollen der Jäger und deren Unterstützung in der Nationalparkfrage wurde bereits längst durch ein überaus großes Entgegenkommen in Jagdangelegenheiten erworben. Denn abgesehen davon, dass das forstliche Unternehmen zahlreichen revierlosen Jägern ganz legitim eine Jagdgelegenheit anbietet, duldet es auch jagdliche Zustände, die das Jägerherz höher schlagen lassen. Leider fallen darunter auch überhöhte Wildbestände, die den Wald massiv schädigen. Vor allem in den südlichen Pachtrevieren des Forstbetriebes Rothenbuch wird das in Art.1 Abs.2 Nr.3 BayJG formulierte Ziel, dass die Bejagung insbesondere die natürliche Verjüngung der standortgemäßen Baumarten im Wesentlichen ohne Schutzmaßnahmen ermöglichen soll, weit verfehlt. Die von den Nationalparkgegnern so hoch geschätzten und im Spessart millionenfach keimenden Eichen haben nicht die geringste Chance, ohne künstlichen Schutz empor zu wachsen. Schälschäden (Abnagen der Rinde an stehenden Bäumen) durch Rotwild haben ein erschreckendes Ausmaß erreicht. Vereinzelt gibt es noch missbräuchliche Fütterungen und Überwachungskameras kontrollieren alles, was sich im Wald bewegt.
Von einem Betrieb der Staatsforsten müsste man erwarten können, dass er über die entsprechende Gestaltung von Jagdpachtverträgen und deren konsequente Überwachung Missstände unterbindet und im eigenen „Haus“ Ordnung hält.

Die **Jägerschaft** selbst hatte ein vitales Interesse am Fortbestand der bestehenden Verhältnisse. Ein Nationalpark mit einem vernünftigen, auf wildbiologischen Erkenntnissen beruhenden Wildtiermanagement hätte ihre Pläne massiv durchkreuzt und musste deshalb mit allen Mitteln bekämpft werden. Unterstützt wurden die Jäger vom Verein „Wir im Spessart“ u.a. mit der irreführenden Behauptung, dass grausame Saufänge die herkömmlichen Jagdmethoden auf Schwarzwild ersetzen würden und das Wildbret der gequälten Tiere nicht mehr zu genießen sei.
In einer für den Wald jetzt schon prekären Situation spricht MdL Peter Winter den Jägern aus der Seele und fordert höhere Rotwildbestände. Anlässlich einer von ihm initiierten Tagung über die Zukunft des Rotwildes im Spessart beklagt Winter, dass der Rotwildreichtum im Spessart abhandengekommen zu sein scheint, weshalb die Abschusszahlen zu verringern seien (Presseartikel des Main-Echo vom 14.03.2012 „Dem Hirsch auf die Sprünge helfen“). Aus dem Munde eines Parlamentariers sind solche Äußerungen unverantwortlich, weil verheerende Waldschäden aufgrund gesetzwidrig hoher Rotwildbestände überall sichtbar sind.

In weiten Teilen des Hochspessarts wird selbst die Hauptbaumart Buche vom Rotwild zum Krüppel gefressen (links: Abt. Blatt, FB Rothenbuch im Novemer 2017). Das Bild rechts (FB Rothenbuch, Abt. Fahne im Februar 2018) zeigt einen qualitativ hochwertigen Edellaubholzbestand, der vom Rotwild total geschädigt wurde. Die schützende Umzäunung liegt seit Jahren kaputt am Boden. Stabile Mischwälder können auf diese Weise nicht mehr entstehen, weil ein falsches Jagdverständnis die Zukunft unserer Wälder gefährdet. Dabei sollte die Sicherung unserer Lebensgrundlagen allemal wichtiger sein als Hobbyinteressen einzelner Jagdscheininhaber.

Die Jäger selbst wissen, dass viele ihrer Gepflogenheiten angreifbar sind und scheuen deshalb die öffentliche Auseinandersetzung. Der Vorsitzende der Jägervereinigung Spessart-Aschaffenburg Florian Ritsch verrät in einem Presseartikel des Main-Echo vom 06.11.2017 (Glückliche Lösung beim Nationalpark), wie man es richtig macht: „Statt offenem und plakativem Widerstand, der der Debatte um einen möglichen Nationalpark nur geschadet hätte, habe man im Hintergrund Gespräche geführt und Argumente gegen den Nationalpark zusammengetragen.“ Das heißt mit anderen Worten: Man darf das, was man eigentlich will, gar nicht an die große Glocke hängen, sondern muss nur die richtigen Leute für seine Ziele gewinnen. Mit Prof. Dr. Vocke, dem Präsidenten des Bayerischen Jagdverbandes, hatten die Jäger gleich einen einflussreichen Fürsprecher aus den eigenen Reihen. Vocke war zehn Jahre lang CSU-Abgeordneter im Bayerischen Landtag und ist heute Beiratsmitglied beim Unternehmen Bayerische Staatsforsten. Wenn man dann auch noch den bayerischen Justizminister Winfried Bausback (CSU) als Redner bei der Hubertusfeier der Jägervereinigung gewinnen kann, hat man schon gewonnen.

Vom **Verband der Spessartforstberechtigten** war nichts anderes als Widerstand zu erwarten. Ihm ging es ausschließlich um die Verteidigung von Partikularinteressen kleiner Bevölkerungsteile ohne Rücksicht auf das große Anliegen, das mit einem Nationalpark für Mensch und Natur verbunden war. Es bestand keinerlei Bereitschaft zu irgendwelchen Kompromissen. Bei der Jahresversammlung der Spessartforstberechtigten in Faulbach hatte deren Vorsitzender, Bürgermeister Walter Schreck aus Weibersbrunn, um Erhöhung der Mitgliedsbeiträge gebeten, weil die „Bekämpfung“ des Nationalparks viel Geld kosten würde. Diesem Antrag stimmten die Anwesenden zu. Daraus wird ersichtlich, dass dieser von Kommunen getragene Verband den Widerstand gegen einen Nationalpark mitfinanzierte und die Bürgermeister damit einverstanden waren.

Im Staatswald wird zunehmend mehr Laubholz aus Baumkronen zur Hackschnitzelerzeugung bereitgestellt und den Spessartforstberechtigten vorenthalten. Hier pocht der Rechtlerverband nicht auf sein Recht. Darüber hinaus mindert der Entzug sämtlicher Nährstoffe auch die Fruchtbarkeit unserer Waldböden.

Die **Rolle der Kirchen** in der Nationalparkfrage ist ebenfalls enttäuschend.
So wurden z.B. bei einem Festgottesdienst für Zimmerleute in Hessenthal nationalparkkritische Töne angeschlagen. Kinder trugen die Fürbitte vor, dass ihre Väter vor Arbeitsplatzverlust verschont bleiben mögen, falls ein Nationalpark käme. Die meisten Kirchenvertreter -gleich welcher Konfession- fühlten sich für die Bewahrung der Schöpfung allerdings nicht zuständig und schwiegen. Dies lässt darauf schließen, dass gerade katholische Geistliche die in diesem Kontext einschlägige Enzylkika „Laudato si“ von Papst Franziskus nicht kennen oder gar ignorieren. Ihnen allen gibt Weihbischof Dr. Dr. Anton Losinger von Augsburg anlässlich der Irseer Gespräche 2017 mit auf den Weg, dass diese ökologische Enzyklika eine soziale ist. Er betont besonders, dass die vom Papst gegeißelte „anthropozentrische Maßlosigkeit“ die Wurzel allen Übels darstellt. Und genau um dieses Thema geht es auch bei der Zurückweisung eines Nationalparks in einem so reichen Land wie Deutschland, weil ausschließlich Nutzungsansprüche in den Vordergrund gestellt werden. Die Enzyklika „Laudato Si“ von Papst Franziskus ist deshalb kein Text, mit dem man sich beruhigt zurücklehnen kann, sondern der nach konkreter Handlungsumsetzung- gerade auch für Christen- verlangt. Der interessierten Leserschaft sei vor allem folgender Wortlaut aus dem Kapitel über die biologische Vielfalt der genannten Enzyklika empfohlen:
„Die Ressourcen der Erde werden auch geplündert durch ein Verständnis der Wirtschaft und der kommerziellen und produktiven Tätigkeit, das ausschließlich das unmittelbare Ergebnis im Auge hat. Der Verlust von Wildnissen und Wäldern bringt zugleich den Verlust von Arten mit sich, die in Zukunft äußerst wichtige Ressourcen darstellen könnten, nicht nur für die Ernährung, sondern auch für die Heilung von Krankheiten und für vielfältige Dienste. Die verschiedenen Arten enthalten Gene, die

Ressourcen mit einer Schlüsselfunktion sein können, um in der Zukunft irgendeinem menschlichen Bedürfnis abzuhelfen oder um irgendein Umweltproblem zu lösen.
Doch es genügt nicht, an die verschiedenen Arten nur als eventuelle nutzbare »Ressourcen« zu denken und zu vergessen, dass sie einen Eigenwert besitzen. Jedes Jahr verschwinden Tausende Pflanzen- und Tierarten, die wir nicht mehr kennen können, die unsere Kinder nicht mehr sehen können, verloren für immer. Die weitaus größte Mehrheit stirbt aus Gründen aus, die mit irgendeinem menschlichen Tun zusammenhängen. Unseretwegen können bereits Tausende Arten nicht mehr mit ihrer Existenz Gott verherrlichen, noch uns ihre Botschaft vermitteln. Dazu haben wir kein Recht."

Fazit

Im Auswahlverfahren für einen Nationalpark hat sich die Bayerische Staatsregierung vorschnell für einen Weg des geringsten Widerstandes und ausgerechnet gegen den Spessart als prioritäre Suchkulisse entschieden. Der Schutz der Natur, um den es vorrangig gehen sollte, spielt nur noch eine untergeordnete Rolle. Kleinkariertes Denken und der massive Widerstand der bayerischen Staatsforsten, Holzwirtschaft, Jägerschaft und Landwirtschaft- kurzum der Privilegieninhaber- haben das wichtige Vorhaben eines Nationalparks zum Schutz der Laubwälder und insbesondere der Rotbuchen in Franken dauerhaft beschädigt. Schon mit dem willkürlichen Ausschluss eines grundsätzlich geeigneten Gebiets wie des Steigerwalds hat man einen verhängnisvollen Präzedenzfall geschaffen. Die Erhaltung der biologischen Vielfalt und die damit verbundene Verantwortung für kommende Generationen wurden hintangestellt und politischem Kalkül geopfert. Obsiegt hat weder die Natur noch das Gemeinwohl, sondern das Eigeninteresse der Privilegieninhaber.
Fast ein Jahr lang hat Ministerpräsident Seehofer seinen Parteifreund MdL P. Winter als schlimmsten Scharfmacher gegen einen Nationalpark im Spessart „laufen" lassen und ihm obendrein den Wunsch nach vorzeitiger Beendigung des Dialogprozesses erfüllt. Allein solche Signale lassen ernsthafte Zweifel daran aufkommen, dass ein Nationalpark im Spessart überhaupt gewollt war. Auch die Ankündigung von Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU), in der Standortfrage eines dritten Nationalparks bis zum Sommer 2018 Klarheit schaffen zu wollen ist jetzt im Zusammenhang mit der Nachfolge von Markus Söder als Ministerpräsident aufgegeben worden. (Mainpost 14.12. 2017). Die naturschutzfeindlichen Kräfte scheinen wieder einmal die Oberhand zu gewinnen.
Die Erwartung, dass die abrupte Beendigung des Verfahrens im Spessart zu einer Beruhigung der Lage führen soll, wird sich bald als reine Illusion erweisen. Nur ein sachorientierter Dialog und die Verständigung auf einen Ausgleich der verschiedenen Ansprüche an die Spessartnatur kann dies auf Dauer herbeiführen.

Ausblick

Die Staatsregierung hat am 18.07.2017 mit dem Ausschluss des Spessarts aus dem Nationalparksuchprozess beschlossen, im Spessart „weitere substantielle Maßnahmen zur Förderung des Natur- und Artenschutzes sowie für den Naturtourismus" zu ergreifen. Zur dort genannten Initiative „Natur.Heimat.Bayern" von Staatsministerin

Scharf sollen nun Vorschläge dazu u.a. auch aus der Spessartregion vertieft geprüft werden, die die Zustimmung der gesamten Region finden sollen.
Auf der Basis dieser Initiative haben Naturschutzorganisationen einen landkreisübergreifenden, differenzierten Naturwaldverbund vorgeschlagen. Die Naturschutzverbände BUND Naturschutz (BN), Landesbund für Vogelschutz (LBV), Greenpeace Bayern, WWF Deutschland, Zoologische Gesellschaft Frankfurt und die „Freunde des Spessarts“ werben für ein 3 Säulen-Konzept, das aus einem großen Kerngebiet, mehreren mittelgroßen Spenderflächen und etlichen kleinen Naturwaldflächen bzw. Trittsteinen besteht. Diese über den Staatswald des bayerischen Spessarts verteilten Gebiete, insgesamt knapp 9000 Hektar, sollen im Biotopverbund dauerhaft als Naturschutzgebiete geschützt werden. In diesen Wäldern soll kein Holz genutzt werden, damit sich langfristig „Urwälder von morgen“ entwickeln können, in denen Bäume alt und dick werden und bedrohte Waldarten dauerhaft überleben können.
Von der Umsetzung dieses Konzeptes könnten Mensch und Natur im Spessart landkreisübergreifend profitieren. Dabei würden Befürchtungen aus der Nationalparkdebatte berücksichtigt und zugleich mehr staatliche Spessartwälder konsequent geschützt, wie es dem Mehrheitswillen der Bevölkerung im Spessart entspricht.